

Martin Kurze

Das berufliche Selbstverständnis der Bewährungshilfe : Die fachliche Kontrolle beruflichen Handelns

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Forum Verlag Godesberg

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kurze, M. (1998). Das berufliche Selbstverständnis der Bewährungshilfe : Die fachliche Kontrolle beruflichen Handelns. *Bewährungshilfe* 45(1998), 3, S. 249–259.

urn:nbn:de:hebis:2378-opus-1298

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung – keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of Use:

This document is made available under a Deposit Licence (No redistribution – no modifications). We grant a non-exclusive, nontransferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, noncommercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact

URL: krimpub.krimz.de

E-Mail: krimpub@krimz.de

KrimPub

Dokumentenserver der Kriminologischen Zentralstelle

VI. Die fachliche Kontrolle beruflichen Handelns

MARTIN KURZE

Der Beitrag beschäftigt sich mit der Handhabung der Dienst- und Fachaufsicht für das Tätigkeitsgebiet der Bewährungshilfe aus Sicht der befragten Bewährungshelfer und ihrer Dienstaufsichten. Die Befragungsergebnisse zeigen, daß Dienst- und Fachaufsicht unter Beteiligung von Sozialarbeitern anders ausgeübt wird. Die allerdings nur tendenziell erkennbaren Unterschiede sprechen dafür, daß fachliche Aspekte beruflichen Handelns durch die Beteiligung von Sozialarbeitern an Aufsichtsbelangen stärkere Berücksichtigung finden. Freilich ist auch darauf zu verweisen, daß eine konsequente Positionierung von Bewährungshelfern in Aufsichtsfunktionen mit einhergehender Verknüpfung fachlicher und dienstrechtlicher Weisungsbefugnisse nicht den Vorstellungen der befragten Bewährungshelfer entspricht.

Berufliches Handeln im Bereich der öffentlichen Verwaltung unterliegt einem System von Verantwortlichkeiten und Kontrollen. Mit diesem System soll die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung durch die Bediensteten sichergestellt werden. Die Ausübung dieser Kontrollen obliegt in der Regel den jeweils vorgesetzten Behörden, die ihre Aufsichtsfunktionen etwa in Form von Vorschriften oder Einzelanweisungen wahrnehmen. Dies gilt auch für die Sozialen Dienste der Justiz, die in den meisten Bundesländern den Justizbehörden eingegliedert wurden. Im Hinblick auf diese Aufsichtsfunktionen wird in der öffentlichen Verwaltung zwischen Dienst- und Fachaufsicht unterschieden. Während sich die Dienstaufsicht etwa auf die allgemeine Geschäftsführung, die Personalangelegenheiten oder den ordnungsgemäßen Ablauf der Dienstgeschäfte konzentriert, erstreckt sich die Fachaufsicht auf die Recht- und Zweckmäßigkeit des beruflichen Handelns der Bediensteten.¹

Freilich ergibt sich diesbezüglich für die Sozialen Dienste der Justiz eine Besonderheit, die in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung in dieser Form nicht gegeben ist: Der Bewährungshelfer wird von einem – unabhängigen – Richter in einem Rechtsakt bestellt; folglich obliegt dem jeweils unterstellenden Richter für die Dauer der Bewährungszeit die Kontrolle der recht- und zweckmäßigen Wahrnehmung der Aufgaben des Bewährungshelfers. Sie äußert sich rechtlich in der Berichtspflicht des Bewährungshelfers (§ 56d Abs 3 StGB), aber auch in der Bestimmung des § 56d Abs 4 StGB, die dem Richter die Möglichkeit einräumt, dem Bewährungshelfer für seine Tätigkeit Anweisungen zu erteilen. Diesen Umstand hat die dienstaufsichtsführende Behörde bei ihren Kontrollen zu berücksichtigen; sie kann in fachlichen Angelegenheiten ihre Kontrolle allenfalls auf die Rechtmäßigkeit beruflichen Handelns beziehen, hat ansonsten jedoch die richterliche Unabhängigkeit zu respektieren. Erschwerend kommt hinzu, daß in der Praxis fachliche und dienstliche Belange wohl kaum in jedem Einzelfall exakt voneinander getrennt werden können oder sich zuweilen überschneiden.² Insofern ist

1 Zur Begrifflichkeit vgl. die Ausführungen von GIESE (1986) und ZEITLER (1986), beide in: *Fachlexikon der sozialen Arbeit*. Kohlhammer. Stuttgart. Berlin.

2 Dazu schon früh Bock, H. (1968). Dienst- und Fachaufsicht. In: *BewHi* 15. S. 78–80, hier: 79 f.; aus neuerer Zeit für

davon auszugehen, daß über die Dienstaufsicht auch fachliche Aspekte zum Tragen kommen, zumindest soweit sie nicht die Befugnisse der im Einzelfall auftraggebenden Stelle berühren.

Soweit die Bewährungshilfetätigkeit ausschließlich auf die Kontrolle der richterlichen Weisungen und Auflagen ausgerichtet ist, erscheint diese duale Aufteilung der Aufsichtsformen angemessen. Doch in dem Maße, in dem die Unterstellungszahlen anstiegen und Bewährungshilfe stärker unter sozialpädagogischen Aspekten interpretiert wurde, mehrten sich die Stimmen, ob unter den geänderten Bedingungen die Fachlichkeit der Arbeit gewährleistet, genauer: die bestehenden Rahmenbedingungen ihrer Überprüfung noch zeitgemäß seien. Von Seiten der Ministerialverwaltung,³ der Wissenschaft,⁴ der Dienstaufsichten,⁵ aber auch von Bewährungshelfern selbst⁶ wird schon seit einigen Jahren die Überprüfung der Dienst- und Fachaufsichtsregelungen eingefordert. Zusammen-

fassend ist diesen Stellungnahmen zu entnehmen, daß eine adäquate Erfassung und Beurteilung der Bewährungshilfetätigkeit im Hinblick auf die fachliche Angemessenheit durch einen auf die Aktenlage angewiesenen und über die Möglichkeiten professioneller Sozialarbeit unzureichend informierten Richter nicht gegeben ist, zumindest jedoch in Zweifel gezogen werden muß. Der Tenor dieser Stimmen unterstellt dabei keineswegs einen Mißbrauch des konstatierten Vakuums und ist auch nicht von einem grundsätzlichen Mißtrauen gegenüber der Bewährungshilfetätigkeit bestimmt. Die Forderung nach einem stärkeren Einbezug von Sozialarbeitern oder gar die vollständige Übertragung der Aufsichtsfunktionen auf diese Berufsgruppe zielt eher auf eine stärkere Verselbstständigung der Bewährungshilfe, die angesichts ihres derzeitigen Stellenwerts in der Strafrechtspflege, ihrer Entwicklung und ihres Aufgabenspektrums als angemessen zu betrachten sei. Erwartet wird auch, daß der Prozeß der Professionalisierung der Bewährungshilfe durch die vollständige oder teilweise Übertragung von Aufsichtsfunktionen auf erfahrene Bewährungshelfer vorangetrieben würde.

Umgesetzt wurden derartige Überlegungen zur stärkeren Einbindung der eigenen Profession in Dienstaufsichtsbelange vor allem in den neueren Konzepten der Sozialen Dienste der Justiz.⁷ Hier wurden in vielen Vorschriften – unberührt der Weisungsbefugnisse der im Einzelfall zuständigen Richter oder Staatsanwälte – Passagen aufgenommen, die sich mit der Kontrolle der Fachlichkeit beruflichen Handelns beschäftigen. Dabei soll vor allem mit der

Brandenburg DERTINGER, C. (1994). Aufbau der Bewährungshilfe im Land Brandenburg. In: JEHL/SONN (Hrsg.). Beitrag I, Fn. 1. S. 209–214. Hier: S. 211.

3 So STEIN, W. (1987). Rechtspolitische Aspekte einer Neugliederung der sozialen Dienste der Justiz. In: BewHi 34. S. 153–171, oder etwa WEGENER, H. (1996). Statement aus dem Arbeitsfeld Landesjustizverwaltung. In: Egg/JEHL/MARKS (Hrsg.). Beitrag I, Fn. 2. Wiesbaden. S. 135–141.

4 Vgl. etwa CORNEL, H. (1987). Zur rechtlichen und organisatorischen Problematik der Wahrnehmung der Dienst- und Fachaufsicht in den Sozialen Diensten im Bereich der Justiz. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. ISS-Paper Nr. 22. Frankfurt a. M. 1990; CORNEL, H. (1990). Beitrag II, Fn. 2. S. 55–69; JUNG, H. (1990). Anmerkungen zur Rechtsstellung des Bewährungshelfers. In: H.-J. KERNER & G. KAISER (Hrsg.). Kriminalität: Persönlichkeit, Lebensgeschichte und Verhalten. Berlin. Heidelberg. New York. Springer. S. 511–521.

5 Siehe dazu KÄSTNER, O. (1994). Beitrag IV, Fn. 20. S. 307–313, oder DÜNKEL, H. P. (1990). Beitrag IV, Fn. 19. S. 36–40.

6 So AYASS, W.; KÜHNEL, P.; NEUPERT, G.; OBSTFELD, G.; QUADT, T.; WEGENER, H.; WOLF, A. (1977). Überlegungen zur Einrichtung eines Sozialen Dienstes in der Justiz. In: BewHi 24. S. 36–39; aus neuerer Zeit vgl. GROSSER, R. (1994). Duale Steuerung. Anmerkungen zur Kontrolle beruflichen Handelns in den Sozialen Diensten der Justiz. In: BewHi 41. S. 173–185; hier: S. 181 ff.

7 Vgl. dazu ausführlich BLOCK, P. (1997). Beitrag I, Fn. 1. S. 43 ff.; S. 145 ff.

Durchführung von Team-, Fall- oder Fachbesprechungen, Inter- bzw. Supervision fachlich einwandfreies Arbeiten oder die Gewährleistung sozialer Hilfen nach einheitlichen Gesichtspunkten gesichert werden. Darüber hinaus wurden beispielsweise in den Sozialen Diensten Berlins⁸ und Sachsen-Anhalts⁹ die jeweiligen Leiter der Dienststellen mit Kompetenzen im Hinblick auf die Dienst- und Fachaufsicht ausgestattet. Mit den vergleichsweise umfangreichsten Befugnissen ist etwa ein Koordinator im Sozialen Dienst Sachsen-Anhalts ausgestattet. Ihm obliegen sämtliche Angelegenheiten, die üblicherweise in den anderen Sozialen Diensten der Justiz von Juristen ausgeübt werden. Dazu zählen in diesem Zusammenhang etwa die fachliche Beratung und Überprüfung, aber auch die Beurteilung der Mitarbeiter der Dienststelle.¹⁰

Doch auch in denjenigen Ländern, in denen die Dienstaufsicht in der herkömmlichen Weise beim Präsidenten des Landgerichts angesiedelt ist, können anderen Personen Teilaufgaben der Dienstaufsicht übertragen werden. In erster Linie handelt es sich bei diesen Personen um in Angelegenheiten der Bewährungshilfe erfahrene Richter, aber auch Verwaltungsbeamte, Bezirksrevisoren u.ä. Darüber hinaus wird aus manchen Aufgabenkatalogen für die mit Leitungsfunktionen ausgestatteten Bewährungshelfer deutlich, daß sie die dienstaufsichtführende Person in fachli-

chen Angelegenheiten beraten bzw. unterstützen sollen.¹¹ Freilich sind die Aufgabenkataloge von Bewährungshelfern in Leitungsfunktionen von Land zu Land sehr unterschiedlich zugeschnitten, was sich auch an den unterschiedlichen Bezeichnungen für diese Bewährungshelfer festmachen läßt.¹² Die wohl weitreichendsten Befugnisse im Hinblick auf Aufsichtsfunktionen haben neben den Koordinatoren in Sachsen-Anhalt die mit Leitungsaufgaben betrauten Bewährungshelfer in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Ganz anders hingegen die Situation in Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein: In diesen Ländern bestehen weitreichendere Mitwirkungsmöglichkeiten der Beschäftigten, die dem Präsidenten des Landgerichts einen Sprecher vorschlagen können, der gegebenenfalls für eine zumeist befristete Zeit eingesetzt wird.¹³ Hervorzuheben ist, daß bei diesem Sprechermodell die betreffenden Bewährungshelfer nicht an Kernaufgaben der Dienstaufsicht beteiligt sind, also beispielsweise ihre Mitwirkung an Geschäftsprüfungen nicht vorgesehen ist.

Ob nun von einer solchen Delegation dienstrechtlicher Teilaufgaben an weitere Personen Gebrauch gemacht wird, wird auf der Basis der Befragungsergebnisse regional sehr unterschiedlich gehandhabt. Für eine Mehrheit der Bewährungshelfer (rd. 58%) gilt nach ihren eigenen Aussagen im Rahmen der KrimZ-Befragung jedoch, daß Aufgaben der Dienstaufsicht zum Teil

8 Zu ersten Erfahrungen für Berlin vgl. KROWORZ, K. (1996). Bewahren und Verändern – ein unauf lösbares Dilemma? Anmerkungen zur Entwicklung von Gerichts- und Bewährungshilfe für Erwachsene in Berlin. In: EGG/JEHLE/MARKS (Hrsg.). Beitrag I, Fn. 2. S. 269 ff.

9 Zur Situation in Sachsen-Anhalt vgl. WEGENER, H. (1996). Beitrag I, Fn. 2.

10 Detailliert zu den Aufgaben des Koordinators in Sachsen-Anhalt vgl. BLOCK, P. (1997). Beitrag I, Fn. 1. S. 152.

11 So beispielsweise in Brandenburg, vgl. DERTINGER, C. (1994). In: JEHLE/SONN, Beitrag I, Fn. 1. S. 211.

12 Ausführlich zu den verschiedenen Aufgaben der geschäftsführenden Bewährungshelfer BLOCK, P. (1997). Beitrag I, Fn. 1. S. 148 ff.

13 Vgl. BLOCK, P. (1997). Beitrag I, Fn. 1. S. 148–153.

auch auf mehrere Personen verteilt werden. Die Dienstaufsicht wird demnach sehr unterschiedlich gehandhabt, wobei auch der Blick auf die jeweiligen Landesergebnisse keine einheitlichere Handhabung erkennen läßt. Von wenigen Ausnahmen wie Sachsen-Anhalt abgesehen, berichten die Beschäftigten eines Bundeslandes von den unterschiedlichsten Modellen: alleinige Ausübung durch den Präsidenten des Landgerichts, Beteiligung von Richtern, Verwaltungskräften und Sozialarbeitern an der Dienstaufsicht, wobei praktisch jede Kombination vorstellbar ist. Als Beispiel mag hier das Land Nordrhein-Westfalen dienen: Nach den Angaben von jeweils etwa 1/3 der befragten Bewährungshelfer wird die Dienstaufsicht entweder vom Präsidenten des Landgerichts allein oder unter Beteiligung einer Verwaltungskraft wahrgenommen; weitere 18% verweisen auf einen damit beauftragten Richter und 13% der Befragten sehen eine Beteiligung des Koordinators an der Dienstaufsicht. Ähnlich kontrovers präsentiert sich das Antwortverhalten in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen.

Auffallend im Antwortverhalten der befragten Bewährungshelfer ist dabei, daß zuweilen auch Angaben gemacht werden, die im Widerspruch zu den bestehenden rechtlichen Regelungen stehen. So berichten etwa auch Bewährungshelfer aus Ländern, in denen die Beteiligung eines Bewährungshelfers an der Dienstaufsicht nicht vorgesehen ist (z.B. Baden-Württemberg: 4% der Befragten), von einer Delegation solcher Teilaufgaben an einen Bewährungshelfer mit Leitungsfunktion. In Ländern wie Bayern, Niedersachsen oder Nordrhein-

Westfalen, wo der leitende Bewährungshelfer mit vergleichsweise umfangreichen Befugnissen ausgestattet ist, ist der Anteil der Befragten, die einen Bewährungshelfer an der Dienstaufsicht beteiligt sehen, erheblich höher. Doch finden sich in diesen Ländern andererseits genügend Befragte, die die hervorgehobene Position des leitenden Bewährungshelfers nicht mit Dienstaufsicht gleichsetzen. Lediglich in Schleswig-Holstein und Hessen wird diese Variante der Dienstaufsicht unter Beteiligung eines Bewährungshelfers einhellig ausgeschlossen.

Dies ist ein interessantes Ergebnis: Einerseits zeigt die „einfache“ Frage nach der Ausübung der Dienstaufsicht, daß Teilaufgaben der Dienstaufsicht bereits zu einem gewissen Umfang an Sozialarbeiter delegiert werden. In den Sozialen Diensten der Justiz sehen 57% der Befragten, in den getrennt organisierten Bewährungshilfen immerhin 26% der Befragten einen Sozialarbeiter mit Aufgaben der Dienstaufsicht betraut. Demnach ist die Teilhabe der eigenen Profession an der Dienstaufsicht also kein Spezifikum der einheitlichen Sozialen Dienste in der Justiz, wenngleich in diesen Diensten die Bestimmungen deutlicher auf derartige Funktionen abstellen. Insbesondere in Ländern mit einer getrennt organisierten Bewährungshilfe, in denen der Zugschnitt der Aufgabenkataloge für Leitungsfunktionen der Dienststelle entsprechend umfassend gestaltet ist, werden leitende Bewährungshelfer von einem beträchtlichen Teil der Bediensteten als Dienstaufsichtspersonen wahrgenommen, auch wenn die rechtlichen Regelungen dies möglicherweise so nicht vorsehen oder die betreffende Person selbst diese Einschätzung nicht teilt. Andererseits zeigt das länderspezifische Antwortverhalten, daß

auch eine starke Position des leitenden Bewährungshelfers eben nicht von sämtlichen Befragten unter dem Blickwinkel der Dienstaufsicht betrachtet wird. Dies wiederum spricht dafür, daß die Position des leitenden Bewährungshelfers sehr unterschiedlich von den Betreffenden ausgefüllt, zuweilen vielleicht eher zurückhaltend interpretiert wird.

Mit diesem Zwischenergebnis verändert sich der Blickwinkel zur Untersuchung der Praxis von Dienst- und Fachaufsicht. Es sei daran erinnert, daß eine der zentralen Forderungen zur Fortentwicklung der sozialen Dienste der Justiz auf den Einbezug von Sozialarbeitern in die Überprüfung fachlicher Belange zielt. Um dies umzusetzen, wurde in einigen einheitlichen sozialen Diensten der Justiz die Leitungsfunktion mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet, es wurde also eine konsequent hierarchische Lösung gesucht. In den traditionellen Bewährungshilfen wurden zwar auch Leitungsfunktionen geschaffen und besetzt, jedoch allenfalls mit einer partiellen Übertragung von Dienstaufsichtsfunktionen verknüpft. In beiden Strukturmodellen finden sich also mit Aufgaben der Dienstaufsicht ausgestattete Sozialarbeiter, wenn auch mit unterschiedlichen Reichweiten im Hinblick auf ihre Befugnisse. In beiden Strukturmodellen findet sich aber auch die herkömmliche Lösung, die die Dienstaufsicht in allen Belangen als eine ausschließlich von Juristen bzw. Verwaltungsangestellten zu prüfende Angelegenheit des Präsidenten des Landgerichts beläßt. Aus wissenschaftlicher Sicht sicherlich eine ideale Situation, um unterschiedliche Handhabungen und Entwicklungen zu überprüfen.

In einem ersten Schritt wird die Praxis der Dienstaufsicht daher ausschließlich aus

Sicht der befragten Bewährungshelfer beleuchtet, danach aus der Sicht der dienstaufsichtführenden Personen.

In der Tat zeigen sich aus Sicht der befragten Bewährungshelfer schon sehr bald Unterschiede in der Handhabung der Dienstaufsicht. Soweit Sozialarbeiter mit Teilaufgaben der Dienstaufsicht betraut sind, wird – statistisch signifikant – von mehr Zusammenkünften im Rahmen der Dienstaufsicht berichtet, sowohl in den einheitlichen Sozialen Diensten als auch in den organisatorisch getrennten Bewährungshilfen finden unter diesen Umständen nahezu doppelt so viele Dienstaufsichtstreffen statt.¹⁴ Dabei sind es der Form nach vor allem Dienstbesprechungen, die häufiger den Charakter von Zusammenkünften der Dienstaufsicht annehmen. Das für die Dienstaufsicht zentrale Element der Geschäftsprüfung verliert für diese Gruppe etwas an Bedeutung. Während unter den ausschließlich von Juristen geprägten Dienstaufsichten etwa jede dritte Zusammenkunft von den befragten Bewährungshelfern als Geschäftsprüfung bezeichnet wird, reduziert sich der relative Anteil von Geschäftsprüfungen an allen Aktivitäten im Rahmen der Dienstaufsicht auf 6% (Soziale Dienste) bzw. 18% (Trad. Bewährungshilfe), soweit Bewährungshelfer in die Dienstaufsicht eingebunden sind. Veränderungen finden sich aber auch im Hinblick auf das bestehende Angebot von Fall- oder Teambesprechungen, die in der Gruppe der unter Mitwirkung von Bewährungshel-

14 Während sich der diesbezügliche Durchschnittswert jährlicher Zusammenkünfte der ohne Sozialarbeiter durchgeführten Dienstaufsichten bei rd. 2,4 Treffen bewegt, erhöht er sich in der Gruppe mit Beteiligung von Bewährungshelfern an der Dienstaufsicht auf 4,5 Zusammenkünfte.

fern gestalteten Dienstaufsicht nach Angaben der Befragten häufiger stattfinden.¹⁵

Tabelle 15: Fallbesprechungen bei der Dienstaufsicht

Fälle besprochen?	Sozialer Dienst der Justiz		Traditionelle Bewährungshilfe	
	Dienstaufsicht		Dienstaufsicht	
	ohne SozArb (N=47)	mit SozArb (N=66)	ohne SozArb (N=777)	mit SozArb (N=280)
nein	66,0%	57,6%	65,5%	57,1%
vereinzelt	29,8%	30,3%	30,0%	31,1%
ja	4,3%	12,1%	4,4%	11,8%
Fragetext: Ist es bei Ihnen üblich, daß im Rahmen der Dienstaufsicht auch Fallbesprechungen stattfinden?				

Doch gibt es darüber hinaus auch Anzeichen, daß sich durch die Beteiligung von Bewährungshelfern an Dienstaufsichtsfunktionen auch qualitativ etwas geändert hat. Zwar gilt auch hier, wie Tab. 15 zu entnehmen ist, daß Fallbesprechungen im Rahmen der Dienstaufsicht für die Mehrheit der Befragten vollkommen unüblich sind und für etwa jeden dritten Befragten eher die Ausnahme darstellen. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang jedoch, daß Dienstaufsicht wohl am ehesten dann qualitativ gefüllt wird, wenn Bewährungshelfer selbst in diese Aufgabe einbezogen sind. Gleichwohl lassen sich Werte von 12% – auch im Vergleich zu den ansonsten üblichen 4% – kaum als gravierende Veränderung begreifen.

Die Geschäftsprüfung als wesentlicher Bestandteil der Dienstaufsicht erfolgt in zumeist festgelegten Abständen, die je nach Land zwischen einem und drei Jah-

ren liegen. Inhalt, Häufigkeit und Umfang dieser Prüfung, aber auch die daran teilnehmenden Personen sind in den entsprechenden Vorschriften niedergelegt. Zentrale Bereiche dieser Prüfung erstrecken sich etwa auf die fristgerechte Erledigung der Aufgaben, die ordnungsgemäße Akten- oder Registerführung, die Verwaltung der Gelder, die Vollständigkeit und Protokollierung der Schriftstücke. Freilich wird an dieser – nicht abschließenden – Aufzählung der zu prüfenden Bereiche auch deutlich, daß sich die Geschäftsprüfung, so wie sie in den meisten Bundesländern vollzogen wird, schwerpunktmäßig auf den Verwaltungsbereich bzw. die Rechtmäßigkeit des beruflichen Handelns konzentriert. Aspekte der Fachlichkeit beruflichen Handelns unter Berücksichtigung sozialpädagogischer Gesichtspunkte finden dagegen in wenigen Ländern Eingang in die Geschäftsprüfung.¹⁶ Deziert geregelt wird dieser Bereich etwa in Bayern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, wo die Koordinatoren mit der Geschäftsprüfung beauftragt werden bzw. daran mitwirken.¹⁷

Tabelle 16: Bewertung der letzten Geschäftsprüfung

Letzte Prüfung ...	Sozialer Dienst der Justiz		Traditionelle Bewährungshilfe	
	Dienstaufsicht		Dienstaufsicht	
	ohne SozArb (N=41)	mit SozArb (N=58)	ohne SozArb (N=764)	mit SozArb (N=256)
Beratung	24,4%	39,7%	13,1%	26,2%
Formalität	56,1%	32,8%	56,8%	40,6%
Aufwand	19,5%	27,6%	30,1%	33,2%
Fragetext: Wenn Sie an Ihre letzte Geschäftsprüfung denken: Welchen Nutzen haben Sie aus den Ergebnissen der Prüfung gezogen? Beratung=zusätzliche fachliche Beratung/Kontrolle; Formalität=bezug sich nur auf „Formalitäten“; Aufwand=war für mich belanglos, unnötiger Aufwand.				

15 In der Gruppe mit Delegation von Dienstaufsichtsfunktionen an einen Sozialarbeiter gibt es für 23% der Befragten keine, für 68% dagegen regelmäßige Fallbesprechungen. In der Fallgruppe mit Dienstaufsicht ohne Beteiligung eines Sozialarbeiters fehlt es dagegen in 37% an Fallbesprechungen und nur 50% berichten von regelmäßig stattfindenden Besprechungen.

16 So im Tenor auch DÜNKEL, H. P. (1990). Beitrag IV, Fn. 19. S. 38 f. oder KÄSTNER, O. (1994). Beitrag IV, Fn. 20. S. 309 f.

17 Vgl. dazu die Ausführungen von BLOCK, P. (1997). Beitrag I, Fn. 1. S. 149 ff; zum Koordinator auch GRÄBER, H. (1982). Beitrag III, Fn. 1. S. 307 ff. oder WEGENER, H. (1983). Koordi-

Darüber hinaus existieren auch in anderen Ländern Möglichkeiten für die geschäftsprüfende Person, bei der Prüfung sozialpädagogischer Gesichtspunkte eine damit vertraute Person in die Prüfung einzubeziehen.¹⁸

Bei der Befragung der Bewährungshelfer lassen sich auch zur Bewertung der letzten Geschäftsprüfung ähnliche Tendenzen ausmachen, wie sie bei den bisher erörterten Fragen zur Handhabung der Dienstaufsicht bereits zu erkennen waren (Tab. 16): Eine Mehrheit der Befragten verweist auf den formalen Charakter der Geschäftsprüfung und verneint diesbezügliche Aspekte einer zusätzlichen fachlichen Beratung und Kontrolle. Am ehesten sehen solche Bewährungshelfer fachliche Belange über die Geschäftsprüfung verwirklicht, die zugleich angeben, daß ein Sozialarbeiter in die Dienstaufsicht eingeschaltet ist.

Auch hier wäre es in der Gesamtschau vermessen, dies als deutliche Veränderung zu interpretieren. Allein Sachsen-Anhalt nimmt hier eine Sonderstellung ein, da hier vier von fünf Befragten den fachlichen Aspekt hervorheben. Ansonsten scheint die Mitwirkung eines Bewährungshelfers an der Geschäftsprüfung aus der Sicht der Befragten nicht automatisch zu einer anderen Qualität zu führen, wie sich am Beispiel Bayerns oder Niedersachsens zeigen läßt. Obwohl in beiden Ländern die federführenden Bewährungshelfer bzw. Koordinatoren an der Geschäftsprüfung mitwirken,¹⁹ sehen nur rd. 30 (BY) bzw. 24% (NI)

der Befragten dieser Länder in der letzten Geschäftsprüfung eine zusätzliche fachliche Beratung. Dies sind allerdings immer noch weitaus mehr Befragte als beispielsweise im Sozialen Dienst Berlins, in Baden-Württemberg, Hessen oder Nordrhein-Westfalen, wo lediglich zwischen 6 und 9% der Befragten die letzte Geschäftsprüfung als nutzbringend für ihre weitere Arbeit bewerten.

Ein für manchen Leser sicherlich provokantes, ausschließlich auf den Angaben der befragten Bewährungshelfer beruhendes Zwischenergebnis muß daher lauten: Nur eine Übertragung aller Belange der Dienstaufsicht auf einen Bewährungshelfer führt zu einer Veränderung der Geschäftsprüfungspraxis in Richtung auf mehr fachliche Kontrolle bzw. Beratung. Die Sandwichposition des leitenden oder geschäftsführenden Bewährungshelfers oder Koordinators zwischen den Beschäftigten einerseits und dem dienstaufsichtführenden Richter andererseits wirkt sich vergleichsweise geringfügig auf die bestehende Handhabung der Dienstaufsicht aus.

Doch ist es damit an der Zeit, die Handhabung der Dienstaufsicht auch aus der Perspektive der damit beauftragten Personen zu beleuchten. Freilich ist den Ergebnissen vorzuschicken, daß schon aus organisatorischen Gründen über die Dienstaufsichtsbefragung nur solche Sozialarbeiter erreicht werden konnten, die die Dienstaufsicht in vollem Umfang ausüben, sich ansonsten lediglich die betreffenden Richter erreichen ließen.²⁰ Da es sich bei

nator – ein Spezialist in der Bewährungshilfe. In: BewHi 30. S. 205–212. Hier S. 205 ff.

18 So etwa gem. den rechtlichen Regelungen in Brandenburg oder Sachsen, vgl. dazu Block, P. (1997). Beitrag I, Fn. 1. S. 186 ff.

19 Vgl. Block, P. (1997). Fn. 1. S. 149–151.

20 Mit anderen Worten: Für alle Länder, in denen Bewährungshelfer Teilbefugnisse der Dienstaufsicht wahrnehmen, findet sich im folgenden nur die Sichtweise der dienstaufsichtführenden Richter.

diesen Sozialarbeitern um identifizierbare Personen handelt, wird schon aus Datenschutzgründen die Differenzierung nach den Strukturen aufgegeben und nur nach Professionen gegliedert.

Einleitende Fragen zur Handhabung der Dienstaufsicht lassen zunächst erkennen, daß dienstaufsichtführende Sozialarbeiter sich regelmäßig bei den Bewährungshelfern nach Problemen im Umgang mit den Probanden erkundigen, eine Praxis, die nur von 28% der betreffenden Richter geteilt wird. Und auch die Fallbelastung wird von den dienstaufsichtführenden Sozialarbeitern deutlich gravierender eingeschätzt als von den Richtern, die zu rd. 42% keine zu hohe Fallbelastung der in ihrem Gebiet tätigen Bewährungshelfer erkennen können.

Bei der hier interessierenden Frage nach der Gestaltung der Dienstaufsicht werden von den Dienstaufsichten neben den Zusammenkünften und Einzelgesprächen auch sonstige Maßnahmen angegeben. Dabei handelt es sich vor allem um die Ansetzung gemeinsamer Dienstbesprechungen und Rücksprachen mit den leitenden oder geschäftsführenden Bewährungshelfern. Einzelnen Angaben zufolge wird auch Einfluß auf die Besetzung des Dienststellensprechers oder den organisatorischen Ablauf der Dienststelle genommen. Dazu zählen etwa die Gestaltung der

Sprechstunden, die Überprüfung der Anwesenheit der Beschäftigten bzw. die Besetzung der Dienststelle oder anderweitige, nicht näher ausgeführte „Dienstordnungsmaßnahmen“. Auch Sonderprüfungen jenseits der kontinuierlich stattfindenden Geschäftsprüfung, Mitwirkung an bzw. Auswahl von Fortbildungsveranstaltungen, Dienstbeurteilungen, Weisungen im Einzelfall oder konkrete Interventionen in die Probandenarbeit werden hier genannt.

Tabelle 17: Ausübung der Dienstaufsicht

Handhabung der Dienstaufsicht aus der Sicht der Dienstaufsichten (DA-Befragung)	Richter (N=65)	SozArb (N=9)	Insges. (N=74)
Was wurde im Rahmen der Geschäftsprüfung kontrolliert?			
Führung der Handakten	98,5%	75,0%	95,9%
allg. Dienstgeschäfte	80,3%	62,5%	78,4%
ob Sozialarbeit fachgerecht ausgeführt wurde	56,1%	100%	60,8%
Wie gestalten Sie Ihre Dienstaufsicht?			
Zusammenkünfte	53,2%	88,9%	57,7%
Einzelgespräche	92,1%	100%	93,1%
sonstiges	20,6%	55,6%	25,0%
Sind schwerwiegendere Beanstandungen vorgekommen?			
Bisher noch nicht	40,9%	22,2%	38,7%
Wie gehen Sie bei schwerwiegenden Beanstandungen vor?	(N=38)	(N=7)	(N=45)
pers. Gespräch	84,6%	100%	87%
konkrete Weisungen	59,0%	100%	65,2%
Eintrag Personalakte	25,6%	71,5%	32,6%
Bericht an LG-Präs.	46,2%	14,2%	41,2%

Tab. 17 enthält zudem die Angaben der Dienstaufsichten zur Ausübung der Geschäftsprüfung. Die bisher nur auf den Angaben der befragten Bewährungshelfer beruhende Einschätzung, daß im Rahmen der Geschäftsprüfung schwerpunktmäßig vor allem formale Kriterien wie die Führung der Handakten oder die allgemeinen Dienstgeschäfte kontrolliert werden, läßt sich nach den Angaben der Dienstaufsichten bestätigen. Nur von wenigen Dienstaufsichten werden diese Bereiche nicht angegeben.

21 Richter, die im Rahmen der Geschäftsprüfung fachgerechte Sozialarbeit überprüfen, waren im Durchschnitt sechs Jahre mit der Dienstaufsicht betraut, die andere Gruppe rd. vier Jahre. Unterschiede sind erst dann zu erkennen, wenn nach den Beschäftigungsjahren in der Justiz und der Beschäftigung mit Strafsachen differenziert wird. Richter mit Überprüfung fachgerechter Sozialarbeit sind durchschnittlich seit 23 Jahren bei der Justiz und seit etwa 15 Jahren mit Strafsachen beschäftigt. Die Vergleichsgruppe kommt dagegen im Durchschnitt nur auf 18 Jahre Justiz und 8 Jahre Strafsachen. Diese Unterschiede zwischen den beiden Gruppen sind statistisch jeweils signifikant.

Überraschender ist da schon der Befund, daß rd. 61% aller Dienstaufsichten auch überprüfen, ob Sozialarbeit fachgerecht ausgeführt wurde. Während dies bei den mit der Dienstaufsicht befaßten Sozialarbeitern auf der Hand liegt, bestätigt unter den beteiligten Richtern immer noch jeder zweite, daß die Fachlichkeit von ihm im Rahmen der Geschäftsprüfung überprüft werde. Interessant ist dabei, daß Richter, die diesen Aspekt betonen, nicht etwa länger mit Aufgaben der Dienstaufsicht betraut sind, wohl aber durchschnittlich länger im Justizdienst tätig und länger mit Strafsachen befaßt sind als diejenigen Dienstaufsichten, die keine fachgerechte Sozialarbeit überprüfen.²¹

Bundesweit etwa 61% der Dienstaufsichten berichten außerdem, daß sie im Rahmen ihrer Dienstaufsicht schwerwiegendere Beanstandungen festgestellt haben. Auffallend ist hier, daß sieben der neun Sozialarbeiter von derartigen Beanstandungen berichten, während 41% der dienstaufsichtführenden Richter angeben, daß dies in ihrer Praxis noch nicht vorgekommen sei.²²

Soweit schwerwiegendere Beanstandungen von Sozialarbeitern im Rahmen der Dienstaufsicht festgestellt werden, scheinen sie in stärkerem Umfang als die dienstaufsichtführenden Richter den betreffenden Vorgang auch zu den Personalakten zu nehmen. Zwar suchen auch sie ähnlich wie die Richter das persönliche Gespräch mit dem Betreffenden und erteilen in ähn-

lichem Umfang auch konkrete Weisungen, doch dokumentiert nur jeder vierte Richter, der bisher schwerwiegendere Beanstandungen festgestellt hat, diesen Vorgang auch in den Personalakten. Hingegen nehmen fünf der sieben Sozialarbeiter die von ihnen festgestellten schwerwiegenden Beanstandungen zu den Personalakten.

Dienstaufsicht allgemein und Geschäftsprüfung im Besonderen wird – soweit ein Sozialarbeiter mit diesen Aufgaben betraut ist – anders gehandhabt. Diese andere Handhabung beginnt bei dem stärker ausgeprägten Interesse für die Probleme der Beschäftigten und setzt sich fort in einer nachhaltigeren Prüfung des beruflichen Handelns unter fachlichen Aspekten. Deutlicher als die Richter scheinen Sozialarbeiter bei der Gestaltung der Dienstaufsicht der Kommunikation in der Gruppe stärkeres Gewicht zu geben. Die fachliche Kontrolle beruflichen Handelns ist selbstverständlicher Bestandteil ihrer Arbeit, die sie ähnlich wie die Richter in persönlicher Auseinandersetzung und über konkrete Weisungen ausüben. Zusätzlich scheinen sie sich aber stärker als die befragten Richter abzusichern, indem sie ihre Beanstandungen in den Personalakten dokumentieren.

Dort, wo Sozialarbeit Aufsichtsbefugnisse über die eigene Profession erlangt hat, wird allem Anschein nach eine andere Form von Dienst- und Fachaufsicht erkennbar. Von einer neuen Qualität zu sprechen, wäre angesichts der Befragungsergebnisse der betreffenden Bewährungshelfer allerdings verfrüht. Außerdem ist darauf zu verweisen, daß der Einbezug der eigenen Profession in Dienst- und Fachaufsichtsbelange nicht als eine grundsätzliche Forderung der Bewährungshelfer verstanden werden kann.

²² Freilich läßt sich die Tatsache einer schwerwiegenden Beanstandung, soweit sie von Strafruristen vorgebracht wird, nicht über einen längeren Erfahrungszeitraum erklären. Richter, die Anlaß zu schwerwiegenden Beanstandungen sahen, sind weder länger im Justizdienst, noch länger mit Strafsachen oder der Dienstaufsichtsfunktion für die sozialen Dienste befaßt.

Auf die Frage, welche Person die Dienstaufsicht in Zukunft ausüben sollte, zeigte sich nämlich ein sehr differenziertes Antwortverhalten unter den Bewährungshelfern (Tab. 18). Grundsätzliche Zustimmung erfährt das Modell des Sozialarbeiters in der Dienstaufsicht nämlich nur von den Bewährungshelfern in den einheitlichen sozialen Diensten und unter denen in den traditionell organisierten Bewährungshilfen, die mit dieser Handhabung eigene Erfahrungen verbinden können. Die zahlenmäßig größte Gruppe, deren Dienstaufsicht in der traditionellen Form geregelt ist, entscheidet sich mit 51% für einen damit beauftragten Richter.

Tabelle 18: Geeignete Person zur Ausübung der Dienstaufsicht

Geeignete Person für Dienstaufsicht	Sozialer Dienst der Justiz		Traditionelle Bewährungshilfe	
	Dienstaufsicht		Dienstaufsicht	
	ohne SozArb (N=49)	mit SozArb (N=65)	ohne SozArb (N=771)	mit SozArb (N=273)
Richter	34,7%	12,3%	51,0%	30,8%
SozArb	53,1%	86,2%	35,3%	57,5%
sonstige	12,2%	1,5%	13,7%	11,7%

Fragestext: In einigen Ländern werden Überlegungen angestellt, die auch die Regelungen der Dienstaufsicht betreffen. Wer sollte Ihrer Meinung nach die Dienstaufsicht ausüben?
 Richter=ein damit beauftragter Richter bzw. Dezernent
 SozArb=ein damit beauftragter Bewährungshelfer

Würde man die Darstellung der Ergebnisse an dieser Stelle beenden, so könnte das Fazit wohl nur lauten, daß ein einheitlicher sozialer Dienst der Justiz oder die Erfahrung mit einem Sozialarbeiter in Leitungsfunktionen der professionellen Fortentwicklung der Bewährungshilfe insofern förderlich ist, da beide Elemente offensichtlich der Forderung nach Besetzung von Leitungspositionen durch die eigene Profession Vorschub zu leisten scheinen. Doch läßt sich dieses Ergebnis nur dann aufrechterhalten, wenn die Frage

nach der fachlichen Kontrolle beruflichen Handelns nicht mit der Frage der Leitung verknüpft wird.

Bei der Frage nach der fachlichen Kontrolle beruflichen Handelns bricht das Ergebnis nämlich völlig mit dem bestehenden Trend. Ausgerechnet in der Gruppe der einheitlichen sozialen Dienste, in der Bewährungshelfer über ihre Leitungsfunktion für eine fachliche Kontrolle sorgen können, findet sich keine Zustimmung zur fachlichen Kontrolle.²³ Und ausgerechnet in den Bewährungshilfen, wo die fachliche Kontrolle unzureichend oder zumindest nicht in dem steten Maße gewährleistet ist wie über die Implementierung eines Sozialarbeiters in Aufsichtsbelange, sprechen sich die Bewährungshelfer mehrheitlich für eine fachliche Kontrolle aus!

Tabelle 19: Einstellung zur fachlichen Kontrolle

Zustimmung zur fachlichen Kontrolle	Sozialer Dienst der Justiz		Traditionelle Bewährungshilfe	
	Dienstaufsicht		Dienstaufsicht	
	ohne SozArb (N=48)	mit SozArb (N=66)	ohne SozArb (N=789)	mit SozArb (N=278)
ja	33,3%	47,0%	52,2%	61,2%

Fragestext: Sind Sie der Ansicht, daß die Arbeit der (Gerichts- und) Bewährungshilfe – unberührt der Weisungsbefugnisse der in Einzelfällen zuständigen Richter bzw. StA – fachlich kontrolliert werden sollte?

Um dieses Ergebnis verstehen zu können, ist ein Rückblick auf die Handhabung der Dienstaufsicht und der Geschäftsprüfung durch die involvierten Sozialarbeiter erforderlich. Fachliche Kontrolle, wie sie sich aus der Sicht der dienstaufsichtführenden Sozialarbeiter versteht, erfolgt

²³ Im übrigen auch nicht für Sachsen-Anhalt; die in KURZE, M. (1996b), Beitrag 1, Fn. 2. S. 65 enthaltene Abbildung 6 zur länderbezogenen Zustimmung zur fachlichen Kontrolle weist leider den Komplementärwert der Ablehnung (66,7%) aus; dieser Fehler wurde erst nach Drucklegung des Bandes entdeckt.

nicht nur nachhaltiger, sondern ist über den Zugriff auf die Personalakten hierarchisch verknüpft. Diese Verknüpfung wird – wie die Dienstaufsichtsbefragung zeigt – bei allem sonstigen Dafürhalten und Verständnis für die Probleme mit den Probanden und der Fallbelastung anscheinend konsequent genutzt. Eine derartige Verschmelzung dienstrechtlicher und fachlicher Kompetenzen im Profil eines leitenden Bewährungshelfers mit der „Aussicht“ konsequenter Dokumentation in den Personalakten ist jedoch für die weitaus meisten Bewährungshelfer nicht vorstellbar. Dies zeigt sich auch bei der Auswertung der offenen Frage, wer – bei Zustimmung zur fachlichen Kontrolle – diese ausüben solle.²⁴ Bei aller Differenziertheit der 690 abgegebenen Antworten läßt sich ein deutlicher Trend erkennen: Fachliche Kontrolle beruflichen Handelns hat über das Team, die Supervision oder eine externe Fach-

kraft zu erfolgen; ein leitender Bewährungshelfer ist allenfalls in Kombination mit einer der erwähnten Vorschläge denkbar.

Doch warum reagieren Bewährungshelfer derart allergisch auf die Verknüpfung fachlicher Kompetenz mit dienstlichen Weisungsbefugnissen? Die Antwort zu dieser Frage scheint über das berufliche Selbstverständnis, den anstehenden Klärungsbedarf über die Standards und die weitere Profilierung dieses Berufsfeldes zu führen. Eine Absicherung beruflichen Handelns über ein Leitbild der Bewährungshilfe und darauf beruhender Standards ist der erste Schritt, danach könnten Fragen zur Transparenz, Plausibilität und Verbindlichkeit neu gestellt werden. Bis dahin hat indes eine Geschäftsprüfung, die danach fragt, ob Sozialarbeit fachgerecht durchgeführt wurde, den Anschein einer Provokation.

²⁴ Vgl. dazu ausführlich KURZE, M. (1996b). Beitrag I, Fn. 2. S. 65 ff.